



HESSISCHER LANDTAG

07. 09. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Übertragung der Rente mit 67 auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt den von der überfraktionellen "Mediatorengruppe Dienstrecht" im Dezember 2009 vorgestellten Bericht als einen wichtigen Anstoß zur Schaffung eines modernen und zukunftssicheren Dienstrechtes für das Land Hessen.
2. Der Landtag kritisiert, dass vonseiten der Landesregierung kein umfassender Gesetzentwurf zur Modernisierung des Dienstrechtes vorgelegt wurde. Damit wurde den Betroffenen, den Gewerkschaften und Interessenvertretungen die Möglichkeit genommen, bereits im Rahmen einer Regierungsanhörung Einfluss auf dieses wichtige Gesetzgebungsverfahren zu nehmen und ihre Stellungnahmen abzugeben.
3. Der Landtag bedauert, dass die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP mit dem nunmehr gewählten Weg die Chance vertan haben, über die Modernisierung des Dienstrechtes in Hessen einen breiten Dialog mit den Betroffenen zu führen, und stattdessen wieder den Weg der Konfrontation wählen.
4. Der Landtag hält es für gesellschaftlich geboten, dass die Beamtinnen und Beamten bei den Regelungen zur Lebens- und Wochenarbeitszeit mit den Angestellten des Landes gleichgestellt werden. Dazu gehört auch die Reduktion der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten von 42 auf 40 Stunden, die im TV-H für die Angestellten vereinbart sind.
Bei der Umsetzung der Neuregelung des Pensionseintrittsalters müssen die besonderen Belastungen von Schwerbehinderten und der im Wechsel- und Schichtdienst arbeitenden Beamtinnen und Beamten angemessen berücksichtigt werden.

Wiesbaden, 7. September 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir